№ 3. I. Jahrgang. Saratow. Mittwoch, den 15. Februar 1906.

Bezugspreis
mit Zustellung:
im Innern des Reichs

1 Mon. — R. 40 K.	5 Mon. 1 R. 40 K.
2 Mon. — „ 70 „	6 Mon. 1 „ 60 „
3 Mon. 1 „ — „	7 Mon. 1 „ 80 „
4 Mon. 1 „ 20 „	8 Mon. 2 „ — „

Für das Ausland kostet das Abonnement 10 Kop. pro Monat mehr.

Deutsche Zeitung

Erscheint wöchentlich.

Anzeigen
kosten pro Petitzeile oder deren Raum auf der ersten Seite 15 Kop., nach dem Text 8 Kop.; monatliche und Jahresbekanntmachungen nach Übereinkunft.

Bei Änderung der Adresse sind 21 Kop. in Postmarken und die alte Adresse einzusenden.

Adresse der Redaktion: *Саратовъ, въ редакцію газеты „Deutsche Zeitung“ Театр. площ. домъ Тилло.*

Telephon № 77.

Sprechstunden des Redakteurs von 10—12 Uhr mittags (außer an Sonn- und Feiertagen).

Das Abonnementsjahr der „Deutschen Zeitung“ beginnt mit dem Monat Oktober, daher werden Bestellungen auf das Blatt von jetzt an nur bis zum 1. Okt. angenommen.

Wo macht man am besten seine Bekanntmachungen?

(Inserate)

Wirklich, eine hochwichtige Frage für Geschäftsleute! Denn das Inserat ist heutzutage ein unberechenbar wichtiger Faktor im Geschäftsleben geworden. Die „Deutsche Zeitung“ ist schon ziemlich stark verbreitet in allen Wolga-Kolonien, und ist es daher sehr vorteilhaft, in derselben zu inserieren.

Wir bitten, hiervon den regsten Gebrauch machen zu wollen.

Die günstigsten Bedingungen!

Wo kommt die Armut her?

Eine Nation, die aus freien Bauern besteht, ist niemals arm. So lange ein Volk nur Ackerbau, Viehzucht und Hausindustrie kennt, mag es an Gold und Silber noch so arm sein, aber es wird keinem seiner Mitglieder an Lebensmitteln fehlen.

Erst wenn der Mensch den Zusammenhang mit der nährenden Mutter Erde verliert, erst wenn er sich von der treuen Furche des Ackers losreißt und von der Natur nicht mehr erreicht werden kann, die ihm Brot und Früchte, die Milch und das Kalb der Kuh, Wild und Fische darbietet, erst wenn er sich hinter Stadtmauern hockt, seinen Anteil am Boden, Wald und Flusse aufgibt und nicht mehr mit eigenen Händen aus den Vorratskammern des Tier- und Pflanzenreichs seinen Bedarf an Speise und Trank schöpfen kann, erst dann beginnt für ihn der Anfang des Elends.

Erfahrung lehrt, daß Menschenarbeit überhaupt nicht lohnender verwertet werden kann, als wenn sie der Erde gewidmet wird, aber die Erde läßt sich nicht betrügen: sie gibt Getreide und Flachs, Holz und Leim und alle ihre sonstigen Gaben nur dann, wenn sie das nötige Quantum von Arbeit und Dünger unverkürzt empfangen hat. Nicht einmal die Kuh, das Schaf kann man hintergehen: sie bringen Wolle und Felle, Hörner und Klauen bloß im Verhältnis zu ihrer Nahrung hervor.

Nur der Mensch allein ist dümmer als die Erde und einfältiger als Schaf und Kuh und gibt seine Geistes- und Leibeskraft um weniger, als den vollen Wert hin.

Die Natur zeigt dem Menschen, daß er nicht ohne den Acker leben kann, daß er des Feldes bedarf, wie der Fisch des Wassers. Der Mensch sieht, daß er zu Grunde geht, wenn er sich von der Scholle losreißt, daß nur der Bauer sich ununterbrochen fortpflanzt, gesund und stark bleibt, während die Stadt ihren Bewohnern das Mark ausdörrt, sie siech und unfruchtbar macht, sie unrettbar nach zwei oder drei Generationen ausrottet, so daß alle Städte in hundert Jahren Kirchhöfe ohne ein einziges lebendes Menschenwesen wären, wenn die Toten nicht durch Einwanderung von den Dörfern her ersetzt würden.

Dennoch besteht der Mensch darauf, den Acker zu verlassen und in die Stadt zu wandern, sich vom Leben loszureißen und den Tod zu umarmen.

In der Stadt wird er meistenteils Tagelöhner, muß zehn, zwölf, vielleicht auch vierzehn Stunden täglich an seine Arbeit gebunden sein, er gelangt eigentlich gar nicht mehr dazu, sich leben zu fühlen. Er verbringt sein Dasein innerhalb kahler unfreundlicher Fabriksmauern in einförmigen Bewegungen, die in einer gewissen Reihenfolge ewig aufeinander folgen.

Er ist das einzige lebende Wesen, das während eines so großen Teils seiner Lebenszeit widernatürliche Arbeit verrichten muß, um nur sein Leben zu erhalten.

Wo liegt aber der Grund, daß der Bauer seinen Acker verläßt und nach der Stadt geht, um dort vergeblich nach einem besseren Dasein zu streben? Der Grund liegt in der allgemeinen Verarmung des Bauernstandes.

Was unsere Kolonien anbelangt, so werden sich die älteren Männer noch gut erinnern können, daß es eine Zeit gab, wo die Kolonien sich eines bedeutenden Wohlstandes erfreuten. Das war in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Zwar gibt es auch jetzt wohlhabende, ja sogar reiche Familien, aber die Zahl dieser ist eine verhältnismäßig unbedeutende. Die große Masse im Durchschnitt ist arm, sogar sehr arm. Die Armut und das dem Menschen angeborene Streben nach einem besseren Dasein sind es, die den Bauern zwingen, Haus und Herd zu verlassen, und ihn treiben in die Ferne, sogar weit über das Meer hinaus.

Wie hat es sich aber zugetragen, daß die Verarmung so breit und so tief gegriffen hat? Der Gründe sind mehrere, und diese sind sehr verschiedener Natur. Die Hauptgründe sind folgende:

1) Die Aufhebung des Tabaksbaues, 2) die mangelhaften Ernten und zuweilen totale Mißernten, als Folge des übermäßig ausgesogenen Zustandes des Bodens, dem der nötige Dünger nicht rechtzeitig gegeben wurde, 3) Einführung des Branntweinmonopols, durch welches die Gemeinden um die jährliche Kabakenpacht kamen, und so mancher andere Übelstand, der in dem Monopol wurzelt und durch dieses verbreitet wird, 4) das Getreideausfuhrverbot von 1892, 5) die riesenhafte Last des Steuerwesens.

Der Tabaksbau war zu seiner Zeit ein sehr bedeutender Erwerbszweig in der Wirtschaft unserer Kolonisten. Der Wohlstand der Kolonien ist gerade in der hohen wirtschaftlichen Bedeutung dieses Erwerbs zu suchen. Den Tabaksbau besorgten gewöhnlich die Frauen und Kinder. Freie Hofplätze und Gemüsegärten wurden mit Tabak besteckt. Und wenn die Ernte eingeheimst war, da kamen die Kaufleute und kauften die ganze Ware an Ort und Stelle ab. Die Preise schwankten, wie es ja immer ist, je nach der Ernte und Güte, von 1 bis 3 Rubel pro Pud. So kam es, daß der Bauer, ohne im geringsten an seinem Ackerbau gestört worden zu sein, am Ende des Jahres noch einen Nebenerwerb von zwei bis drei hundert Rubeln in seine Kasse mithineinschob. Da der Tabaksbau auf den Kolonien sehr verbreitet war, so bildete der Jahresertrag aller Kolonien insgesamt eine Summe von über einer Million jahraus, jahrein.

Der Verbrauch des Tabaks im Lande war nicht groß, die Hauptmasse ging nach Finnland, wo der Tabak stets gute Aufnahme fand.

So ging es lange Zeit und würde vielleicht heute noch gehen, aber da kam ein **Aber** dazwischen, und dieses **Aber** hat den ganzen Tabaksbau und somit auch den Wohlstand der Kolonien untergraben und begraben.

Kurz nach dem russisch-türkischen Kriege kam man bei einer Suche nach neuen Steuerquellen in Petersburg auf den Gedanken, einen Ausfuhrzoll von 4 Rubeln pro Pud auf den Tabak zu legen, der aus dem inneren des Reichs über die finnische Grenze gebracht wird.

Bald darauf erschien eine zweite Verordnung, durch welche es den Bauern zur Pflicht gemacht wurde, ihren Tabak nicht an private Kaufleute zu verkaufen, sondern nur an gewisse Fabrikanten.

Der Zoll war für unsere einfache Tabakssorten zu hoch und die Gewalt der Fabrikanten im Herunterschrauben der Preise zu groß, und so mußte der Tabaksbau halt sterben.

Es wurden Deputationen gewählt und nach Petersburg geschickt, um den Übelstand genau zu erklären, aber es half alles nichts: man fand an betreffender Stelle einfach kein Gehör.

Die angegebenen Verarmungsgründe werden wir in einer der nächsten Nummern genauer besprechen. Vorläufig wollen wir unsere Aufmerksamkeit der Hauptsache zuwenden.

Die Riesenlast, die alles drückt und hemmt, das sind die Steuern.

Man unterscheidet zwei Arten von Steuern: direkte und indirekte. Von den direkten Steuern hat eine jede ihre besondere Benennung (wie z. B. Landessteuer, Gewerbesteuer u. s. w.) und wird als Steuer gehoben und gezahlt. Die indirekten dagegen werden nicht als Steuer gehoben, sondern sie werden einfach von dem Käufer im Kostenpreise der Ware mitbezahlt. Die Regierung bestimmt z. B., daß ein Pud Zucker mit 2 Rbl. 40 Kop. besteuert wird, ein Pud Kerosin (Lampenöl) mit 60 Kop., so schlägt der Zuckerfabrikant oder Naphthaquelleneigentümer diese Steuer zu dem Wert der Ware, und somit wird die Ware um so viel teuerer.

Der Käufer bezahlt das Geld und beklagt sich, daß die Ware teuerer geworden ist, ohne zu wissen, daß diese Teurung durch die Steuer verursacht ist.

Zwischen den direkten und indirekten Steuern ist noch ein Unterschied, der durchaus zu beachten ist, und nämlich: die indirekten sind stets um einigemal größer als die direkten, so z. B. für das Jahr 1906 haben wir 183 Millionen direkte Steuern und 1756 Millionen indirekte. Es ist also anzunehmen, wenn ein Steuerzahler 20 Rbl. direkte Steuern zu zahlen hat, so hat er noch viel mehr an indirekten zu zahlen. Diese zahlt er aber unbemerkt beim Kauf aller möglichen Waren: Tee, Zucker, Wein, Tabak, Kerosin, Zündhölzer, Maschinen, Kleider u. s. w., denn alles dieses ist besteuert.

Wie die Steuern seit Anbeginn unserer Verarmungsperiode gestiegen sind, kann man aus folgenden Beispielen sehen.

Die Zahlen sind in Millionen gegeben und die dazu gehörenden Tausende und Hunderttausende einfach weggestrichen.

	des Jahres 1879.	des Jahres 1888.	des Jahres 1898.	des Jahres 1903.
Spiritussteuer	200 Mill.	237 Mill.	265 Mill.	542 Mill.
Zuckersteuer	4 Mill.	16 Mill.	58 Mill.	75 Mill
Tabakssteuer	10 Mill.	25 Mill.	34 Mill.	49 Mill.
Naphthasteuer	Eingeführt vom 4. Januar 1888.	6 Mill.	23 Mill.	32 Mill.
Summa	214 Mill.	284 Mill.	380 Mill.	698 Mill.

Aus dieser Tabelle ist leicht zu erkennen, daß die Steuern in diesen 4 Posten allein im Laufe der ersten zehn Jahre (von 1879 bis 1888) schon um 70 Mill. gestiegen sind. Die darauf folgenden 10 Jahre (von 1888 bis 1898) bringen wieder einen Zuschuß von 96 Mill. Dann in einem Zwischenraum von bloß 5 Jahren (von 1898 bis 1903) kommen mit einem Ruck noch 318 Mill. dazu. Vergleicht man den ersten Posten mit dem letzten, so sieht man erst recht, wie die Steuern im Laufe der 24 Jahre mehr als um das dreifache angewachsen sind.

Das sind Gelder, die von der Bevölkerung des Landes im Laufe der Zeit in verhüllter Form gezahlt sind. Natürlich haben wir unseren Teil auch mit beigetragen, denn ein jeder braucht doch alles dieses in seinem Hausbedarf.

Wie groß unser Anteil daran war, das läßt sich nicht genau berechnen und hat auch für unsere Aufgabe keine besondere Bedeutung, denn was das ganze Land trifft, das trifft uns auch. Wir wollten mit diesen Zahlen bloß klarer zeigen, wie die Steuern angeschwollen sind.

Um den ungeheueren Unterschied zwischen den Steuern jener (1879) und unserer Zeit noch anschaulicher zu machen, muß man den Kostenverschlag von 1879 mit dem von 1906 vergleichen. Damals waren es bloß 600 Mill., und jetzt sind es 2500 Mill. Also um 4 mal mehr.

Sind wir etwa so reich, daß wir alles dieses leicht bezahlen können? Nein, reich sind wir nicht, wir sind arm und sogar ärmer sind wir, als wir damals waren.

Die Zahlungsfähigkeit des Landes konnte mit dem Wuchs des Steuerwesens nicht gleichen Schritt halten, weil nichts getan wurde, um die Ertragsfähigkeit des Bodens zu heben, auch für Industrie und Gewerbe wurde so gut wie gar nichts getan.

Die Verwendung ausländischer Kapitalien zur künstlichen Gründung einer Großindustrie im Innern des Landes kann auch nur als ein Mißgriff betrachtet werden, denn eine derartige Unternehmung konnte für das Land nur schadenbringend sein.

So kam es denn, daß die Steuern immer zunahmen und die Zahlungsfähigkeit des Volks dagegen beständig abnahm. In den Steuerlisten wurden von Jahr zu Jahr immer größere Rückstände von unbezahlt gebliebenen Steuern vermerkt. So z. B. zum 1. Januar des Jahres 1885 blieben von der Landessteuer (Auskaufssumme) 16 Millionen unbezahlt, zum 1. Januar 1899 waren es bereits 116 Millionen. Später wuchs die Summe noch bis über 130 Mill. an. Endlich kam die Regierung doch zur Überzeugung, daß diese Gelder infolge der allgemeinen Verarmung nicht beizutreiben sind, und entschloß sich, in diesem Jahre bloß die Hälfte des Jahresbetrages zu heben und von 1907 diese Steuer ganz abzuschaffen.

Um dem ewigen Geldmangel abzuhelfen und die geplanten Staatsausgaben so oder anders doch zu decken, wendeten unsere Staatsmänner ihre Aufmerksamkeit dem Gebiete der ausländischen Anleihen zu und machten von dieser Quelle reichlichen Gebrauch, sodaß an den gemachten Schulden unsere Kindeskinder bis in das siebente Glied noch zu zahlen haben werden.

Nachdem man auf diesem Gebiete alles mögliche geleistet hatte und die Geldnot immer kein Ende nehmen wollte, begann man, um zu Gelde zu kommen, die Naturschätze des Landes (Naphthaquellen, Erz- und Kohlengruben) an Ausländer zu veräußern.

Es wäre aber ein Fehler, anzunehmen, daß bloß die Bauern verarmt sind. Mit dem Großgrundbesitz sieht es auch flau aus. Überall fehlt es an Geld. Die Gutsbesitzer versetzen ihre Güter, um nur Geld in die Finger zu bekommen. Durch die Hypotheken-Banken wurden Darlehen gegeben in folgenden Summen.

Im Jahre 1879 belief sich

die Summa auf . . . . 500 Mill.
Im Jahre 1892 waren es
bereits schon . . . . 1000 Mill.
und im Jahre 1899 . 1500 Mill.

Also anderthalb Milliarden lasteten schon vor 7 Jahren auf diesen Gütern. Jetzt sind es gewiß nicht weniger als zwei Milliarden.

Allgemeiner Geldmangel: der Staat hat keins, die Gutsbesitzer haben keins, und der Bauer hat erst recht keins.

Eine traurige Lage.

Alles dieses sind die natürlichen Folgen einer unnatürlich schlechten Finanzwirtschaft des Landes.

Diese Wirtschaft war in einer langen Reihe von Jahren bloß darauf bedacht, alle möglichen Mittel und Wege zu ersinnen, um neue und abermals neue Steuerquellen zu entdecken, und dabei wurde garnichts gemacht, um die Zahlungsfähigkeit des Volks zu erhalten, geschweige denn noch zu heben.

Bis jetzt sprachen wir von Steuern, welche die Regierung alljährlich regelmäßig von der Bevölkerung des Landes hebt (oder, bei gewissen Umständen, gewaltsam beitreibt) und nach Belieben ausgibt, ohne hierüber vor den Zahlern Rechnung abzulegen.

Das sind einfach Pflichten, die geleistet werden müssen.

Außerdem gibt es noch Steuern, die dem Volke durch die örtlichen Dorfgemeinden und Landamtsversammlungen auferlegt werden. Diese Gelder dürfen nur zu dem Zweck verwendet werden, zu dem sie bestimmt sind. Über Einnahmen und Ausgaben muß genaue Rechnung geführt und abgelegt werden. Die Böhörden sind verantwortlich vor den Gemeinden und Versammlungen, durch welche sie gewählt oder eingesetzt sind.

Ein jedes Gouvernement hat seine Landamtsverwaltung und ein jeder Bezirk gleichfalls. Diese Behörden sind verpflichtet, im Einverständnis mit ihren Versammlungen, alles das zu leisten, was dem Lande nottut: Schulen und Krankenhäuser müssen gebaut und unterhalten werden; Lehrer, Ärzte, Hebammen u. d. m. müssen engagiert werden, es muß für gute Wege gesorgt werden und für vieles andere auch noch dazu.

Die Ausgaben eines Landamts für den eigenen Bedarf sind ziemlich groß, z. B. für das Jahr 1906 betragen sie:

im Bezirk Kamyschin . 300,000 Rubel
„ „ Nikolajewsk. 400,000 „
„ „ Nowousensk 600,000 „

so hat ein jeder Bezirk seine besondere Ausgaben.

Dann kommen die Ausgaben des Gouvernementslandamtes, z. B.:

Saratow . . . . . 1,200,000 Rbl.
Samara . . . . . 1,400,000 „

Für die russische Bevölkerung kommt noch etwas dazu, was wir Deutsche nicht haben: das sind die Steuern für Feuerversicherung — 800,000 Rbl. jährlich für das Gouvernement Saratow allein.

Daraus ist zu schließen, daß sämtliche Bedürfnisse, die auf dem Lande zum Vorscheine kommen, durch die betreffenden Landamts- und Gemeindeversammlungen befriedigt werden müssen. Das dazu nötige Geld wird jährlich von der örtlichen Bevölkerung gehoben und ist nach Bestimmung zu verwenden.

So sorgt ein jedes Gouvernement für sich: es ist eine Selbstverwaltung, eine Selbstbelastung mit Steuern und Selbstbefriedigung.

Die 2,500 Millionen, die die Regierung nimmt, stehen mit den eben genannten Geldern nicht in der geringsten Verbindung: das sind verschiedene Summen, die verschiedene Wege wandern müssen.

Die Verschuldung des Landes ist Ungeheuer *) und die Mittel zur Tilgung dieser Schulden müssen erst gefunden werden. So, wie es jetzt geht, kann und darf es nicht weiter gehen. Das Land geht dem Verderben entgegen.

Es müssen die Besten des Landes berufen werden, um mit allgemeiner Mithilfe das Staatsschiff endlich in andere Bahnen zu bringen.

Da die so lange ausgebliebene „Reichsduma“ nun endlich zu stande kommen soll, so müßte in zwei Richtungen gearbeitet werden: nach oben und nach unten.

Nach oben — muß gesorgt werden daß ein belebender Geist in den toten Raum unseres Finanzwesens hineingebracht wird. Der Kostenverschlag des Jahres 1906 muß sofort einer genauen Prüfung unterzogen werden, damit das Nötige vom Unnötigen sorgfältig getrennt wird und damit das Nötige tatsächlich ins Leben gelangt.

Nach unten — muß in erster Linie ein kräftiger Bauernstand gegründet werden, denn nur dann kann das Land gedeihen, wenn es dem Bauern wohlergeht: wenn Ackerbau und Viehzucht, Gewerbe und Industrie gut gewurzelt haben. Nur dann ist der Wohlstand des Bauern möglich, und nur dann hört im Lande die Armut auf.

*) 13 Milliarden.

Innere Politik.

Zum Beginn der Wahlen.

In der Probenummer und Nr. 1 der „Deutschen Zeitung“ haben wir den Wahlen gegenüber Stellung genommen. Dort haben wir gesehen, was das bestehende Wahlverfahren uns deutschen Kolonisten bringen wird: wir haben keine Möglichkeit, keine Aussicht, auf Grund dieser Wahlen unseren besonderen Vertreter in die Reichsduma zu schicken. Die „Deutsche Zeitung“ hat zugleich den Vorschlag gemacht, bei der Regierung um Einwilligung zur Zulassung von zwei deutschen Kolonisten (von der Berg- und Wiesenseite) in die Reichsduma nachzusuchen. Dieser Vorschlag hat Anklang gefunden, und der Gedanke, der in dem Artikel: „Etwas über die Wahlen“ [1]) ausgesprochen worden ist, wird hoffentlich in allernächster Zeit seine Verwirklichung finden. Wie es aber damit auch stehen mag, wir dürfen uns der Aufgabe, die der Augenblick an uns stellt, nicht entziehen. Das heißt: wir wollen schon jetzt, bei den bestehenden Wahlen, versuchen, darüber ins klare zu kommen, 1) welche Männer wir überhaupt wählen können und sollen und 2) ob wir nicht durch unsere Stimmenabgabe, sollte unser Vertreter nicht gewählt sein, denjenigen von den russischen Kandidaten wählen helfen, der von unserem Standpunkte aus uns in der Reichsduma nützlich sein könnte. [Da aber, wie wir schon in der Probenummer bemerkt haben, von allen russischen Parteien die Partei der Volksfreiheit (die konstitutionell-demokratische) am unzweideutigsten für die Interessen der fremden Nationalitäten in Rußland eintritt, so müssen wir alle dafür Sorge tragen, daß unsere Stimmen am Ende den Vertretern dieser Partei zufallen.]

Die Gemeinden haben bereits ihre Männer zur Wolostversammlung gewählt. Diese Gewählten müssen nun laut der letzten Verfügung für das Gouvernement Samara am 26. Februar [2]) die Wahl von 2 Bevollmächtigten (уполномоченные) von jeder Wolost vornehmen, die dann weiter in die Bezirksversammlung (уѣздное собраніе) fahren werden, um dort die Wahlmänner (выборщики) für die Gouvernements-Wahlversammlung zu wählen. [3]) Diese Wahl am 26. Februar soll uns zeigen, über welche Kräfte wir überhaupt verfügen. Diese Wahl soll uns aber auch zeigen, daß wir ihrer Wichtigkeit uns wohl bewußt sind: **wir müssen Männer wählen, die Verstand und Verständnis für die gegenwärtige Lage der Dinge auf den Kolonien besitzen, Männer, in denen das Streben stark ist, für das allgemeine Wohl der Kolonien und nicht für kleinere Gruppen in diesen zu wirken.** Die nun auf der Wolostversammlung zusammenkommenden Wähler können übrigens sowohl aus ihrer Mitte wählen, als auch aus der Zahl derjenigen, die in den betreffenden Gemeinden überhaupt angeschrieben sind. **Diese Vertreter der Gemeinden werden das Vertrauen, das ihnen ihre Wähler durch die Abordnung entgegengebracht haben, gewiß auch bewahrheiten. An sie wenden wir uns und sagen: wählt würdige Männer jetzt auf der Wolostversammlung, Männer, die als wirkliche und standhafte Vertreter des Kolonistenvolkes, der deutschen Gesamtheit dastehen können! Deutsche Kolonisten! Lassen wir uns bei diesen Wahlen das Gefühl unserer Zusammengehörigkeit äußern, wollen wir zeigen, daß wir einig sind, wenn es gilt, unser menschliches Recht zu verteidigen und unsere Wünsche bezüglich der kulturellen Hebung der Kolonien auszudrücken. Schaffung einer deutschen Schule, die Erhaltung unserer Muttersprache und eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung sind nur möglich, wenn wir einig sind. Also wählt zielbewußte deutsche Männer! Die „Deutsche Zeitung“ will euch die Hand reichen, sie, die selbst von Kolonistensöhnen geleitet wird, will bewußt für die Volksinteressen vorkämpfen: sie ist und bleibt ein Volksblatt.**

Die „Deutsche Zeitung“ wird bemüht sein, nach der am 26. Febr. bevorstehenden Wahl der Bevollmächtigten über das Ergebnis einen vollständigen Bericht zu erstatten, aber die Redaktion bittet alle, die an der gemeinsamen Sache Interesse haben, über den Verlauf der Wahl an die Zeitung möglichst ausführlich und — was sehr wichtig ist — so bald als möglich zu schreiben. Sendet uns Berichte ein über die gewählten und zu wählenden Personen, über ihre Ansichten und Überzeugungen, unsere gemeinsame Sache betreffend. Der Gewählte muß feste Ansichten und Verständnis für die Lage haben.

So werden wir die Möglichkeit besitzen, auf Grund des eingegangenen Materials praktische Fingerzeige für den weiteren Verlauf der Wahlen zu geben. Wir werden dann die Namen der betreffenden Kandidaten bekannt geben.

Wir wünschen aufs innigste, daß jeder auf diesen größeren Versammlungen sich für allgemeine, die Kolonien und den Staat betreffende Fragen interessiere und daß diese Fragen hier in größerem Kreise der Versammelten zur Sprache kommen könnten.

[1]) S. Probenummer und Nr. 1 der D. Z.
[2]) Vgl. für Saratow die Rubrik „Lokales“.
[3]) Siehe Beilage zur Probenummer.

Deutsche und russische Presse.

Die russische Politik an den Grenzmarken wird von dem „Stepnoi Krai“ als ein großer Mißgriff bezeichnet. Die Beziehungen der russischen Beamten zu den fremdstämmigen Völkern hätten Rußland nichts eingebracht als den Haß der letzteren.

„Während den Wahlen im verflossenen Jahre sind die Bewohner fast der ganzen kirkisischen Steppe durch den Dolmetscher des Vorsitzenden des Kongresses der Bauernchefs Rogalewitsch — N. Tscherwow körperlich gezüchtigt worden. Die öffentliche körperliche Züchtigung der Kirkisen durch letzteren geschah fast immer vor den Augen des Bauernchefs Kapit. Rogalewitsch, des Vieharztes Mursajew und des Steuerinspektors, welche durch ihre Gegenwart und ihr Schweigen die empörende Willkür des Untergebenen guthießen. . .

Es kamen sogar Fälle vor, daß der Bauernchef Rogalewitsch selbst Prügelhiebe austeilte. So schlug er z. B. auf den Wahlen im Borkarinschen Kreise den Aul-Vorsteher Sandybajew mit einem einen Werschok dicken Stock so auf den Kopf, daß derselbe erst nach einer halben Stunde zu sich kam.

Sowohl Rogalewitsch, als auch Tscherwow . . . sitzen ruhig und wissen, daß bei der gegenwärtigen Ordnung alle ihre Mißbräuche ungeahndet bleiben.“

In der Mandshurei werden gegenwärtig vom Kriegsressort eine Unmasse Pferde, die nun nicht mehr notwendig sind, an die Chinesen versteigert, wobei das Pferd durchschnittlich 4—5 Rbl. zu stehen kommt. Gute, gesunde, junge Pferde werden höchstens mit 12—20 Rbl. bezahlt, es waren jedoch auch schon Fälle, daß ein Pferd, welches dem Kriegsressort in Rußland 190 Rbl. kostete, für 60 Rbl. losgeschlagen wurde. Das Land ist eben so ausgesogen, daß es wenig Liebhaber für den Pferdekauf gibt, daher die überaus billigen Preise. Indes kümmern sich die russischen Beamten darum wenig und versteigern drauf los. Die „St. Peterburgskija Wedomosti“ schreiben hierzu folgendes:

„Wäre es nicht besser, die Pferde nicht zu solchen unmöglichen Preisen der chinesischen Bevölkerung zu verkaufen, welche während des Krieges ohnehin an Lieferung von Lebensmitteln und anderen Produkten gewaltig verdient hat, sondern diese ganze Masse herdenweise nach den russischen Gouvernements zu treiben und sie dort teils der russischen Bevölkerung zu verkaufen, teils an die ärmsten Bauern zu verschenken? Das würde nicht nur der Entwickelung der Pferdezucht in Sibirien einen gewaltigen Anstoß geben, sondern wäre auch ein einfacher Akt der Gerechtigkeit, da unter dem Kriege niemand so gelitten hat wie die Bevölkerung von Ostsibirien. Diese Tatsache ist übrigens auch von dem Oberkommandierenden anerkannt worden, welcher in einem seiner Tagesbefehle sagt, daß die Kosaken und Bauern des Transbaikal-, See- und Amurgebiets fast Mann für Mann für den Schutz des Landes aufgestanden sind, daß ihnen bei der Mobilisation fast alle tauglichen Pferde genommen wurden. Es ist wahr, auf Verfügung des Oberkommandierenden soll die Bevölkerung dieser Gebiete dadurch entschädigt werden, daß an sie 22.500 Pferde verteilt werden, aber erstlich sind diese 22½ tausend Pferde eine allzu schwache Entschädigung und zweitens eine allzu geringfügige Anzahl im Vergleich zu der Gesamtmasse der Pferde, die sich auf dem Kriegsschauplatze befinden. Wenn man annimmt, daß von der Gesamtmasse der Pferde, welche sich auf 600.000 beläuft, 300.000 bei den Truppen verbleiben, so bildet auch dann das Geschenk an die russische Bevölkerung nicht mehr als den 15. Teil des Geschenkes, das wir mit diesen Versteigerungen der chinesischen Bevölkerung machen. Diese Tatsachen sprechen für sich selber.“

Innere Chronik.

Die Zersplitterung des Ministerkabinetts wird in der russischen Presse ziemlich gleichlautend besprochen. Die große Meinungsverschiedenheit, welche schon seit längerer Zeit zwischen den einzelnen Ministern bestanden, hat schließlich bewirkt, daß mehrere Minister um ihre Entlassung einreichten.

Schon vor etwa zwei Wochen verbreitete sich das Gerücht über einen bevorstehenden Rücktritt des Ackerbauministers N. N. Kutler, welches sich nach wenigen Tagen bestätigte. Der Grund seines Rücktritts besteht wohl darin, daß sein Entwurf über die Landfrage im Ministerrat große Gegner gefunden hat. Auf dem Fuße folgte diesem der Minister für Handel und Industrie, obgleich Graf Witte mannigfache Versuche gemacht hat, um letzteren von seinem Vorhaben abzubringen.

In kurzer Zeit sind also zwei Minister aus dem Kabinett ausgeschieden, während der Rücktritt des Reichskontrolleurs Filossofow und des Verkehrsministers Njemeschajew noch bevorstehen soll.

Die Ursachen des Rücktritts des Handelsministers W. J. Timirjasew — schreibt der „Pet. Her.“ — sind so schwerwiegender Natur, daß sie der Erwähnung wert erscheinen, zumal sie als Beweis dafür dienen, wie reaktionär die Politik der Mehrzahl unserer Minister geworden ist.

W. J. Timirjasew war, nach dem Gutachten unserer liberalen Presse, einer der am meisten linksstehenden Minister. Er kämpfte unermüdlich gegen den Einfluß von P. N. Durnowo an. Alle die zeitweiligen Bestimmungen, mit denen Gesellschaft und Presse wie aus einem Füllhorn überschüttet wurden, stießen in der Person Timirjasews auf einen festen Gegner. Er wies unermüdlich auf den Schaden hin, welchen diese zeitweiligen Bestimmungen Rußland zufügen werden. Ihm schlossen sich meist der frühere Ackerbauminister N. N. Kutler, der Verkehrsminister K. S. Njemeschajew, der Reichskontrolleur D. A. Filossofow und der Minister der Volksaufklärung Graf J. S. Tolstoi an. Die beiden letztgenannten verhielten sich dabei allerdings etwas schüchtern und nicht so offen, wie die drei erstgenannten.

Besonders unangenehm ist es dem Premierminister gewesen, daß diese drei liberalen Minister ihre Gegenpartei auch auf die Reichsratssitzungen übertrugen. Nur dank W. J. Timirjasew sind in den letzten im Reichsrat beratenen Vorlagen zwei Gutachten zustande gekommen.

Graf Witte soll in diesem Anlaß privatim geäußert haben, daß es besser wäre, wenn Minister, die mit der Stimmenmehrheit des Reichsrats nicht einverstanden wären, entweder den Sitzungen fern bleiben würden oder sich ihrer Stimme enthalten.

Auf diese Weise liegt der Hauptgrund des Rücktritts des Handelsministers in der reaktionären Richtung des Kabinetts, gegen welche er nicht mit Erfolg ankämpfen konnte.

Administrative Aushilfe.

Wie sich eine kluge Administration in schwieriger Lage zu helfen weiß, zeigt nach der „St. Pet. Ztg.“ das „Slowo“ an nachstehendem lehrreichen Beispiel: Viele Landschaften haben die Absicht ausgesprochen, keine Versicherungsprämien in den Fällen auszuzahlen, wo Vermögenswerte infolge von Agrarunruhen durch Feuer vernichtet worden sind. Motiviert wurde diese Weigerung durch den Hinweis auf die gleiche Stellungnahme der Versicherungsgesellschaften, sowie auf die vollständige Ebbe in den Kassen. Die Hauptverwaltung für lokale Ökonomie weiß jedoch einen Ausweg: sie hat zur Deckung der Schäden aus den Kapitalien der Gouvernements ohne Landschaftsinstitutionen (!) 800000 Rbl. der Samaraschen Landschaft ausgefolgt und für ähnliche Zwecke noch 10 Millionen Rubel zur Verfügung.

Ein Entwurf.

Vom Ministerrat ist ein Entwurf über ergänzende Bestimmungen gegen die Presse ausgearbeitet worden, welcher in den nächsten Tagen dem Reichsrat zur Bestätigung vorgelegt werden soll. Einer Mitteilung der „Rußj“ zufolge soll dieser ergänzende Entwurf in folgendem bestehen:

1. Die Verantwortung für das Erscheinen eines Blattes gegen die bestimmten Vorschriften (d. h. ohne Konzession oder Einsendung des Blattes an die Zensur) wird vom Herausgeber auf den Typographieinhaber überwälzt. Die Strafe bleibt im ersten Übertretungsfall die frühere, d. h. bis zu 300 Rbl. Geldpön; im Wiederholungsfall tritt außer der Geldpön eine Schließung der Typographie oder Lithographie oder die Entziehung für den Eigentümer hinzu, im Verlauf von 5 Jahren eine Typographie zu unterhalten oder etwas zu verlegen.

2. Dem Herausgeber einer durch das Gericht eingestellten Zeitung wird es untersagt, irgendwelche andere Blätter statt des eingestellten bis zur Fällung des Endurteils durch das Gericht erscheinen zu lassen. Wenn festgestellt wird, daß er den Verlag entweder persönlich oder durch eine andere Person betreibt, so unterliegt er einer Strafe bis zu 3000 Rbl. und einer Gefängnishaft bis zu 16 Monaten.

3. Jede Nummer eines Blattes, welche Zeichnungen oder Abbildungen enthält, muß vom Typographieinhaber 24 Stunden vor dem Erscheinen der Nummer dem Zensor in einer bestimmten Anzahl von Exemplaren vorgelegt werden.

Bestimmungen über die Wahlgesetze.

Laut Allerhöchstem Befehl an den Regierenden Senat vom 8. Februar werden den Wahlgesetzen einige ergänzende Bestimmungen hinzugefügt, welche sich in folgendem wiedergeben lassen:

Falls in einem Kreise mehrere Urwahlversammlungen der Kreisgrundbesitzer stattfinden und der Kreisadelsmarschall nicht die Möglichkeit besitzt den Vorsitz in denselben zu führen, so kann die Kreiskommission für Wahlangelegenheiten aus der Zahl der Wähler Personen zur Führung des Vorsitzes auffordern.

In den Gouvernements Archangelsk, Tobolsk, Tomsk, Irkutsk und Jenisseisk wird den Kreisgrundbesitzern das Recht der direkten Teilnahme an den städtischen Wählerversammlungen zuerkannt.

An den Gminenwahlversammlungen können auch diejenigen Hofwirte teilnehmen, welche weniger als 1½ Dessjatinen Land oder ein Immobil im Werte von weniger als 1500 Rbl. besitzen.

Das Gouvernement Radom ist den Gebieten zuzuzählen, in denen es den Arbeitern gestattet ist, einen Wahlmann in die Gouvernementswahlversammlung zu wählen.

Von den Kolonien.

Zur Schulfrage.

(Fortsetzung.)

Die Geschichte der Entwicklung Rußlands läßt sich überhaupt nicht einteilen in solche rein äußerliche Zeiträume, wie die Zeiträume des Regierens einzelner Herrscher. Indezug auf die Zeit Alexander I. ist eine solche Einteilung völlig anwendbar. Im allgemeinen Entwicklungsgang der russischen Bildung und des gesellschaftlichen Lebens bietet diese Zeit wahl keine besonders bemerkbare Veränderung. Die alten Vorurteile und Gebräuche spielten auch jetzt noch eine vorherrschende Rolle im Leben; die unbeschränkte Vormundschaft der Regierung lastete immer noch auf der öffentlichen Meinung; die Volksmassen blieben in demselben Zustande, in welchem sie sich früher befanden. Aber für die ideelle Entwicklung der gebildeten Gesellschaftselemente war diese Zeit von großer Bedeutung. Der Charakter der Epoche Alexander I. hängt von zwei wichtigen Umständen ab. Erstens von der Persönlichkeit des Monarchen selbst, dessen Einfluß sich, bald anregend, bald hemmend, in dem Gesellschaftswesen äußert. Zweitens kam die russische Gesellschaft durch den russisch-französischen Krieg in besonders nahe Berührung mit dem westeuropäischen Leben. Die europäischen Ideen, unter deren Einfluß sich die Geschichte Rußlands in der neueren Zeit immer befand, übten jetzt einen besonders tiefen Eindruck auf die Gemüter aus. Diese Ideen flößten der russischen Gesellschaft zum erstenmal ernste politische Bestrebungen ein. Das war eine neue Strömung in der Geschichte der russischen Entwicklung, und die Erzeugung dieser Strömung gehört der Zeit Alexander I. an. Denn in einem solchen Staat, wie der russische, in einem Polizeistaat, ist die Persönlichkeit des Herrschers von viel größerer Bedeutung, als in einem Rechtsstaate, in einem Staate, der politische Freiheit und dabei höhere Bildung besitzt. In einem solchen Staate, wo die Macht des Herrschers keine Grenzen hat, sind die persönlichen Anschauungen und sogar die Launen des Herrschers maßgebend für den ganzen Gang des gesellschaftlichen Lebens. Der naturgemäße Entwicklungsgang wird beständig unterbrochen durch die Einmischung der Macht. Die Persönlichkeit des Selbstherrschers gewinnt daher eine besonders große historische Bedeutung.

Diese Umstände gelten besonders unsern Kolonisten und nicht nur für die Epoche (Zeitraum), Alexander I. sondern vom ersten Jahre der Ansiedlung an bis auf unsere Zeit. Denn keines der in Rußland wohnenden Völker, keine der in diesem Riesenreiche lebenden Gruppen hängt in gleichem Maße von der Gunst oder Ungunst des russischen Monarchen ab, als die Kolonisten; ihr Sein und Werden, ihr kultureller Fortschritt, ihr geistiges Wachsen und Aufblühen war von je her ganz in den Händen des Herrschers. Erwies das Haupt des russischen Reiches den Kolonisten seine besondere Achtung und Zuneigung durch nutzbringende Maßnahmen und tiefgehende Anordnungen, so schritten sie vorwärts; im widrigen Falle ging es bei ihnen sofort den Krebsgang, — in wirtschaftlicher wie auch in geistiger Beziehung. Im besonderen aber bedurften die ersten Kolonisten der sorgfältigsten Leitung und Unterstützung in der ersten Zeit ihrer Ansiedlung, im Kampfe mit der Natur, dem ungewohnten, rauhen Klima, zumal da sie so bunte zusammengebrachte Elemente und schwache Bauern waren. Wenn wir zurückschauen in die bereits geschilderten ersten Jahre der Ansiedlung, so merken wir, daß es bei den Kolonisten unter Katharina, in der ersten ruhmvollen Periode ihres Herrschens (wo sie sich wirklich große Mühe gab um das geistige Wohl der Volksmassen), vorwärts ging, obschon die Kolonisten in dieser ersten bösen Zeit von Teurung, Krankheiten, Kirgisen- und Pugatschews-Überfällen sehr hart geplagt waren. Ganz anders sieht es aus, nachdem Katharinas Politik eine andere Richtung angenommen hat, die sich in bezug auf die Kolonisten unter anderem durch die Aufhebung der „Fürsorge-Kanzlei für ausländische Kolonisten" geltend machte. Und was merken wir da sofort? Es geht das geistige und sittliche, sowie auch das wirtschaftliche Leben raschen Schrittes rückwärts. Dann unter Kaiser Paul I. eifriger Fürsorge und besonderer Zuneigung zu den Kolonisten wurde es bald wieder besser. Paul befahl im ersten Jahre seiner Regierung (1797), das vernichtete „Kontor" wiederherzustellen und „die Zuschriften und Befehle, die vom Kontor ausgehen, in deutscher Sprache zu schreiben, damit die ausländischen Kolonisten dieselben besser verstehen können." Die Zuneigung Pauls den Kolonisten gegenüber und die von ihm bezüglich der Kolonien erlassenen Gesetze düngten den Boden zum geistigen und wirtschaftlichen Gedeihen der Kolonien unter Alexander I., in der ersten Zeit seines Regierens, wo sich ganz Rußland in kultureller Hinsicht unter sehr günstigen Verhältnissen befand.

In bezug auf die deutschen Kolonisten veröffentlichte Alexander I. im ganzen 123 Erlasse. Die meisten davon erschienen in den ersten Jahren seiner Regierung. Nicht die Zahl der Erlasse ist für uns wichtig, sondern das in denselben ausgedrückte klare Bewußtsein über die wirklichen Mängel der Kolonisation und über die Wege zur Beseitigung derselben. Und die unter Alexander I. angelegten neuen Kolonien *) bekamen schon eine ganz andere geistige und sittliche Grundlage.

Vor allen Dingen wurden die Kronsländereien vermessen und das nötige Land für die zukünftigen Ansiedler bestimmt. Dann wurde die Anordnung getroffen, daß man als Auswanderer diesmal nur gute Landwirte und dem Lande nützliche Handwerker (in entsprechender Anzahl, natürlich) aufnehme. Sie alle mußten tüchtige, wohlgesittete Leute sein und verstehen, Wein zu bauen, Maulbeerbäume und verschiedene nützliche Pflanzen zu ziehen. Auch sollten die Ansiedler in der Vieh- und besonders in der Schafzucht erfahren sein. Ein jeder Auswanderer mußte mindestens 300 Gulden an Geld oder Vermögen besitzen; die Partien der Auswanderer durften nicht mehr als 20—30 Familien zählen; jährlich konnten nicht über 200 Familien im Süden angesiedelt werden; Nahrungsgelder bekamen sie nur bis zur ersten Ernte und waren nur auf 10 Jahre befreit von Steuern; im übrigen blieben die im Manifeste vom 13. Dez. 1763 aufgestellten Privilegien in Kraft. Der Erfolg dieser Ansiedlungen war mehr als zufriedenstellend. Die Hauptsache war da selbstverständlich, daß die neuen Ansiedler wirklich tüchtige Bauern waren, meistenteils gut bemittelt, namentlich die Mennonite, und aus einheitlichen, sittlich gesunden Elementen bestanden. Diese Umstände hatten zur Folge, daß die Kolonien im Süden bald ihre volle Blüte erreichen. Die Schule, die, wie wir schon früher bemerkten, der Anlegung der Kolonien auf Schritt und Tritt folgte, entwickelte sich hier und dort ganz den geschilderten Verhältnissen entsprechend: die Schule des Südens hatte die an der Wolga bald hinter sich. Doch trugen außer den erwähnten Umständen noch andere zu der Förderung beziehungsweise Hemmung des Schulweens bei. Diese letzteren Umstände waren mit der Konfession verbunden. Bei den Mennoniten, wo die Schule (nebst Kirche) von allem Anfang an gänzlich in den Händen der Gemeindeverwaltung war, stand sie bald höher, als bei den lutherischen Kolonisten, wo die Gemeinde in Kirchen- und Schulangelegenheiten bald eine Nebenrolle spielte und die ganze Leitung der Sache von der Person des Pastors abhing; bei den katholischen Kolonisten entwickelte sich die Schule noch viel langsamer, als bei den Lutheranern, weil da die Gemeinde in Schul- und Kirchenfragen von je her kein Stimmrecht hat und weil auf solche Weise das Interesse der Gemeinde zur Schule nicht wach werden konnte.

P. Sinner.

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondenz.

Kukus, Kreis Nowousensk, 2. Februar. Am 1. Februar sind in der Kosakenstädter Grenze auf dem Pachtlande des Ansiedlers Fuhr aus Teller die beiden Ansiedler aus Bangert: Jakob Steinhauer und sein Brudersohn Johannes Steinhauer beim Graben eines Brunnens in einer Tiefe von 12 Faden durch losgelöste Erd- und Sandmassen verschüttet worden. Erst am nächsten Tage um 4 Uhr nachmittags waren sie wieder herausgegraben. Sie waren beide tot. Eine Erdschicht 4 Faden hoch war auf ihnen gelegen. Beide waren Familienväter; der ältere hinterläßt eine Witwe und 7 Kinder, der jüngere eine Witwe und 4 Kinder. —

Katharinenstadt. Am 29. Januar hatten wir unter Leitung des Pastors Th. Keller Kirchenvorsteher-Wahl.

Wie fast auf allen Kolonien haben auch wir in Katharinenstadt eine Gemeinschaft von sogenannten „Betbrüdern." *) die überall, wie seitdem das auch erscheinen mag, von den Pastoren nicht gerne gesehen werden. Diese „Betbrüder" wollten nun einen Kirchenvorsteher aus ihrer Mitte durchsetzen, was der Leiter der Wahl um jeden Preis verhindern wollte und auch tatsächlich verhinderte.

Nachdem man seinen Antrag, die alten Kirchenvorsteher zu behalten, energisch abgelehnt hatte, schritt er zur Stimmenaufnahme für neue Kandidaten über. Die cirka 245 Stimmen der Wähler verteilten sich unter 16 Kandidaten, von denen einige nur 4—5 Stimmen und einer sogar nur eine einzige bekam.

Man hatte 6 Kirchenvorsteher zu wählen, und nun wollte die Versammlung, daß, wie von alters her, die Mehrheit der Stimmen entscheiden sollte. Allein dann wäre auch ein „Betbruder," von denen einer 29 Stimmen hatte, durchgekommen. Pastor Th. Keller erklärte daher, daß es so nicht gehen könne, sondern daß man sich streng ans Gesetz halten müsse, welches fordere, daß ein Gewählter mehr als die Hälfte aller Stimmen haben müsse. Zu diesem Zwecke nun wählte er aus den 16 Kandidaten 6 ihm passende Paare, d. h. er stellte einen „Betbruder" und ein „Weltkind" nebeneinander und ballotierte sie, indem er fragte, welchen man wolle; so zu sagen: „Barrabam oder Christum." Eine Ausnahme machte das erste Paar, welches aus zwei „Weltkindern" bestand, von denen eins eine, das andere vier Stimmen hatte. Offenbar waren sie beide der Versammlung nicht erwünscht, und da hätte man erklären sollen, daß man keinen von beiden wolle. Aber man wählte ja „streng nach dem Gesetz." Das imponierte. Man glaubte einen von beiden wählen zu müssen, und so wählte man „von zwei Übeln das kleinste." Wie viele „Übel" brächte die Willkür in die Reichsduma bei solchem Wahlsystem!

Dort aber wird, unseres Wissens, entweder einfach nach Mehrheit der Stimmen gewählt, oder aber werden die zwei Kandidaten mit den meisten Stimmen ballotiert, während die andern von der Oberfläche verschwinden. Hier war es gerade umgekehrt: Kandidaten, wenn man sie so nennen darf, mit einer und vier Stimmen werden ballotiert und solche mit 10—12 Stimmen nicht.

Es entsteht nun aber die Doppelfrage: Hatten wir bisher immer gesetzwidrig gewählt, oder hat nicht vielmehr Pastor Th. Keller gesetzwidrig gehandelt? *) Jedenfalls aber müssen seine Begriffe von dem Wahlverfahren weit von der Wahrheit abweichen.

A. E.

Anton, Kreis Sosnowka. Die Erscheinung der „Deutschen Zeitung" hat man in Anton mit Freuden begrüßt und man wünscht ihr den besten Erfolg. Leider gibt es viele, die das Blatt auch gern lesen möchten, denen es aber schwer fällt, sich dasselbe zu bestellen. Doch hoffen wir, das fast jeder, der ein Herz für die Sache hat, Mittel finden wird, dieses Blatt sich anzuschaffen, das, wenn auch jetzt nicht ganz, so doch in Zukunft den Bedürfnissen unserer deutschen Mitbürger an der Wolga völlig entsprechen wird. Die Notwendigkeit einer deutschen Zeitung war in unseren Gemeinden eine schreiende. Freilich haben wir in Rußland viele gute deutsche Zeitungen, aber die sind meist sehr teuer und zum Teil für uns in vieler Hinsicht nicht entsprechend. So hörte man häufig klagen, daß die Ausdrücke der Zeitungen nicht zu verstehen seien, da viele Fremdwörter darin vorkämen, oder daß dieses oder jenes Blatt nur für diese oder jene Gegend sei. Allem dem kann die „Deutsche Zeitung" zuvorkommen, und wir hoffen, daß sie das tun wird. Es ist allerdings notwendig, daß die besten unserer deutschen Mitbürger der Sache mit Rat und Tat zu Hilfe kommen und sorgen helfen, daß dieses Blatt in recht vielen deutschen Häusern an der Wolga zu finden sei und gar auch denen zugänglich wäre, die nicht genug bemittelt sind, um es selbst zu verschreiben

Ein guter Beweis für die Notwendigkeit einer deutschen Zeitung an der Wolga ist ferner der traurige Zustand, in den man mit Beginn des russisch-japanischen Krieges und der Bewegungen geraten war, die in dem letzten Jahre in unserem Vaterlande stattgefunden haben. Da viele im Kriegsdienste stehen und nicht wenige von den Söhnen unserer Kolonisten im fernen Osten kämpften, interessierte man sich für diese Sache sehr, und, da man keine Zeitung hatte, wußten unsere guten deutschen Bürger alles nur vom Hörensagen, gerieten dadurch in Mißverständnisse und hatten fast von allen Vorgängen falsche Begriffe.

Die Zeitungen tragen viel zur Verbreitung des Wissens bei. In Ermangelung einer deutschen Zeitung vergaß man zum größten Teile das wenige, was man in unseren wenig bietenden Dorfschulen lernte. Auch in dieser Hinsicht kommt uns die „Deutsche Zeitung" zu Hilfe und daher wünschen wir, daß sie recht große Verbreitung in unseren Gemeinden an der Wolga finde.

Friedrich Konstanz.

Aus Grimm, (Kreis Kamyschin) bringt „Cap. Inter" folgende Mitteilung: Es erweist sich, daß der Jsprawnik von Kamyschin, Herr Dobrochotow, nicht nur ein „guter" Administrator, sondern auch ein ausgezeichneter Boxer ist. Als am 19. Januar hier der Gouverneur von Saratow durchfuhr, war Herr Dobrochotow gerade „nicht bei Laune." Für dies nal ergoß sich sein ganzer Zorn als Vorgesetzter über den Strashnik Wolf wegen der Mängelhaftigkeit der Uniform (Korrektheit in der Uniform, die ein Polizeidiener trägt — das ist die unumgängliche Bedingung, um nicht in die Acht erklärt zu werden) und weil er nicht zu rechter Zeit das Gepäck Jsprawniks aus dem Schlitten in die Wohnung des Landvogtes gebracht hatte. Einige Schläge genügten, um Wolf kampfesunfähig zu machen, und vier Tage mußte er mit stark geschwollener Seite im Bette liegen. Der Feldscher stellte ihm ein Zeugnis aus. Äußerst empört über eine solche Behandlung haben die anwesenden Kolonisten dem Gouverneur eine Klage über die Handlungsweise des Jsprawniks eingereicht.

Kol. Laub, Bez. Nowousensk, 1. Febr. 1906. Wie man das Wort „Freiheit" bei uns hier an der Wolga versteht, davon hat die Gemeinde Laub vor einigen Tagen ein schönes Bild gegeben. Die Gemeinde bestimmte dem Lehrer Ries kein Gehalt für das begonnene Jahr, ungeachtet der Bitte und Vorschrift des Herrn Landvogtes. Am 30. Januar kam genannter Herr selbst und versammelte die Gemeinde, legte derselben vor, sie solle doch dem Lehrer Gehalt bestimmen. Die Gemeinde sagte sich aber von Gehalt und Lehrer ab, nur sechs Mann wollten einen Lehrer. Ein Lehrer muß doch ein schädlicher Mensch sein, da die Lauber sich so einstimmig absagen! Hier ist wohl das Wort anzuwenden: „Die Finsternis hasset und fürchtet das Licht"; darum bläst man mit aller Macht gegen das Licht, damit es ja nicht zum brennen kommt. Alle Mittel werden da gebraucht. Und was für Mittel die Lauber gebrauchen, darüber will ich einige Worte schreiben. Lehrer R. wollte in seine Schule gehen, da kommt ihm ein ehrwürdiger Lauber Bürger entgegen und grüßt ihn dadurch, daß er seinen Hund auf ihn hetzt. Recht so, dasselbe Mittel, das man gegen ein Schwein anwendet, wenn es ungeladen in den Hof kommt, wenden die Lauber gegen ihren Lehrer an! Wahrlich, ein feines Lob für eine deutsche Gemeinde! Solch ein Lob verdient nicht jede Gemeinde; da kann sich eine wilde Tschergessen-Gemeinde ein Vorbild nehmen. Nun, unsere Lauber denken eben: „Jetzt ist ja „Freiheit", und da sollen auch die Hunde Freiheit haben!"

In einem Lied heißt es: „Wir Deutschen stehen so fest wie die Mauern u. s. w." Dieses Lied müssen die Lauber gut kennen, denn sie handeln ganz nach dem Inhalt desselben. Als Lehrer R. am 31. Januar in seine Schule gehen wollte, fand er unweit vom Schulhause eine Mauer, aber nicht von Steinen, sondern von Männern, die ihm verboten, in die Schule zu gehen. Also was die Hunde nicht fertig bringen konnten, da machen sich die Bürger selber dran. Die Lauber sind zu beneiden, daß sie so echte „Deutsche" sind. Wollen wir hoffen, daß sie sich auch in Zukunft als solche beweisen und fest stehen wider alles Gute. Noch einen Rat will ich den Laubern geben. Der besteht darin, daß sie dem Branntwein freien Lauf lassen, der schadet ja weniger als ein Lehrer und gibt echten „Deutschen" Mut und Kraft zum Kampf!

X.

Nachklänge aus Krasnojar, (Bez. Nowousensk) Das einförmige Leben in den Dörfern des Krasnojarer Kreises wurde durch das Erscheinen des Allerhöchsten Manifestes vom 17. Oktober vorigen Jahres mit einem Male unterbrochen. Wenn auch bis dahin manche unzufriedene Stimme sich verlautbart hatte, so konnte man doch im großen und ganzen raportieren: „Alles in Ordnung!"— Anders war es nach dem 17. Oktober. Vom langen Schlafe aufgerüttelt, versuchten unsere Krasnojarer „auch mal a bissele Politik" zu treiben. Die brennendsten Fragen unseres Kolonisten waren ungefähr folgende: a) Wie kommt es nur mit den Schulen; — die Russen-Lehrer müßten weg? b) Ist denn die Auskaufssumme auch uns Kolonisten erlassen? Von allen Seiten wurden die Lehrer aufgefordert, das Manifest zu erklären. Es wurden denn auch 2—3 Versammlungen abgehalten. Die zahlreichen Zuhörer (meist arme Bauern) waren nun auch ganz Ohr für die Sache. Schreiber dieses versuchte am ersten Abend mit den Bauern gemeinsam ein Programm für die neureformierte Schule zu stande zu bringen. Man konnte sich freuen zu sehen, mit welchem Interesse sich unsere Krasnojarer an der Debatte beteiligten. Wir deckten uns gegenseitig unser Töpschen auf. Ich machte der Leuten die Vorwürfe, daß sie sich für die Schule gar nicht mehr interessierten, der Schulbesuch sei zu nachlässig, ja, daß sogar einige Bauern sich feindlich zur Schule verhalten. Unsere Krasnojarer ihrerseits machten mir den Vorwurf, wir Lehrer seien auch lange nicht mehr das für ihre Kinder, was die alten Schulmeister ihnen waren. Besonders wurde mir Schulmeister a. D., „der alte Metzler", als Musterbild hingestellt. — „Der Mann" — sagten sie mir — hot Schoul gehalte vom Marge froi, bis dr Owwet spät." — Wir kamen zu dem Entschluß, daß die Lehrer tatsächlich nicht immer den erwünschten Eifer und Fleiß bewiesen haben, daß aber auch die Eltern der Kinder zum großen Teile daran schuld seien, indem sie den Lehrer in seinem schweren Berufe nicht nur nicht unterstützten, sondern noch bemüht waren, ihm das Leben recht sauer zu machen.

Darauf versprachen wir Lehrer und Eltern uns gegenseitig neue Lust und Liebe und mehr Eifer zur ganzen Sache. Wir brachten ungefähr folgendes Programm zu stande:

1) Es ist ein entschiedener Vorteil für uns, wenn sämtliche Schulen vorläufig auf Kosten des Landamts, später auf Staatskosten unterhalten werden.

2) In den 3 ersten Schuljahren darf nur Deutsch unterrichtet werden.

3) Die deutsche Sprache muß in den späteren Schuljahren mit der russischen gleichberechtigt sein.

4) In den 2 letzten Schuljahren muß Geographie und Geschichte erteilt werden.

5) Wiederherstellung der allgemeinen Schulpflicht und Strafe für Schulversäumnisse.

6) Bildung eines Schulrats, aus 3—4 Mitgliedern bestehend (darunter event. der Ortspastor).

7) Jeder Lehrer, ohne Unterschied der Nationalität, muß der deutschen Sprache mächtig sein.

8) Die höchste Zahl der Schüler auf einen Lehrer wurde auf 80 festgesetzt.

Ebenso zahlreich erschienen unsere Krasnojarer an den nächstfolgenden Abenden. Hier suchten die Herren J. K. u. F. H. die Wichtigkeit und hohe Bedeutung des Manifestes hervorzuheben. Die Besprechung der Landfrage ging darauf hinaus, daß es für Krasnojar wohl das klügste sei, den Landzuschnitt am Kataman (75 Werst von Krasnojar entfernt) zu besiedeln und, soweit es möglich ist, das Landstücke-System einzuführen. Nur wurde dieser Vortrag durch eine vorzeitige unliebsame Polemik unterbrochen.

Wenn auch vorübergehend die Steuerfrage besprochen wurde, so bezog sich das übrigste wiederum gewissermaßen auf die Schule, d. h.: Wenn die Gehälter und Quartiergelder der Lehrer durch die Steuer vom Landamt erhoben werden, so ist dies für den kleinen Bauer insofern ein

*) Gegründet wurden in Rußland: 1761 1770—117 Kol.; 1770—1800—18 Kol.; 1800—1850—272 Kol.; 1850—1864—152 Kol.

*) D. h. strenggläubige Christen, keine Sekte. Sie nennen sich „Kirchliche Brüder" zum Unterschied von solchen, die aus der Kirche ausgetreten sind. D. Red.

*) Die hier aufgeworfene Streitfrage in Bezug auf die Richtigkeit des geschilderten Wahlverfahrens können wir nur nach ihrer rechtlichen Seite hin beantworten. Das Konfessionelle berührten wir grundsätzlich nicht. — Von den aufgestellten Kandidaten gelangt in der Regel derjenige zuerst zur Abstimmung, der bereits die meisten Stimmen bekommen hat. Dann der zweite und so weiter in abnehmender Reihenfolge. Als gewählt werden diejenigen erklärt, die die Stimmenmehrheit der Gemeindemitglieder erhalten haben. Nachdem die nötige Zahl der Kandidaten von der Gemeinde auf diese Weise gewählt worden ist, wird die Wahl als beendet erklärt, und die übrigen Kandidaten bleiben somit unbeachtet.— Jedes andere Verfahren ist Willkür. Die Redaktion.

Vorteil, weil alsdann Gutsbesitzer und Handelsleute auch ihren Strang daran ziehen müssen.

Bis dahin die Lehrer. Wenn schon früher das Verhältnis zwischen Bauer und Lehrer ein etwas gespanntes war, so hoffte man doch, daß unsere Krasnojarer nunmehr erkannt haben werden, daß nicht die 300 Rbl. Lehrergage den Kolonisten zum langsamen aber sicheren Ruin führen (was vielfach ausgesagt wurde), sondern die große Unwissenheit der Volksmasse, und müssen deshalb erst recht Schulen gegründet und das Programm derselben erst recht hoch geschraubt werden. In den meisten Kolonien unseres Kreises fiel es aber anders aus. In keiner Kolonie war der Kostenverschlag auf das Jahr 1906 zu stande gekommen, und immer war der Hemmschuh: die Besoldung der russischen Lehrer in der Kirchenschule und die Quartiergelder der Landamtslehrer. Offenbar haben auch auf diesen Gemeindeversammlungen unsere weisen Männer des Ortes wieder aus Bescheidenheit (?) geschwiegen. In Krasnojar wurde keinem einzigen Lehrer Gehalt oder Quartiergeld gelegt. Das nennt man dem Lehrer Eifer machen, wie oben gegenseitig versprochen war. Prosit Neujahr!!

In einer anderen Gemeinde unseres Kreises, die bisher als die friedlichste galt, ging es außerdem noch dem alten Schulmeister recht hart an den Kragen. Er soll die in der Landamtsschule sauer verdienten 50 Rbl. der Gemeinde erlassen (Gründe dazu unbekannt). In derselben Gemeinde wurden Stimmen aufgenommen: wer wünscht „Lehrer bleiwe" oder „Lehrer weck". Und — es klingt unglaubhaft, aber es ist wahr — nur ein einziger Mann stimmte „Lehrer bleiwe"; sogar soll der leibliche Bruder des Lehrers gestimmt haben „Lehrer weck", aber, wie es sich nachher erwies, nicht aus Überzeugung, sondern er meinte bloß: „Die han all gekrische: „Lehrer weck!" un do wollt' ich doch aach net ausgegelacht sin.

Diese Geschichte lehrt uns, daß es mit Recht noch viele unserer Leute gibt, die sich dem großen Haufen anschließen, die sich entweder schämen, ihre Meinung offen zu bekennen, oder zu feige sind, für die Wahrheit zu kämpfen.

Und Gott gebe, daß das ewige Schuldurcheinander in unseren Gemeinden bald ein Ende nehme, und wenn neben der Reichssprache auch die Muttersprache in den Schulen wieder nach bestem Gewissen und Vermögen vorgetragen werden kann, dann wird dem Bildungswesen in unseren Wolgagemeinden ein neuer Morgen tagen.

M. L.

Ausland.

Befürchtungen in China.

Ein Telegramm aus Manila vom 21. (8.) d. M. besagt: Der Militärgouverneur von Mindanao, Generalmajor Wood, tritt am 24. (11.) d. M. eine Inspektionsreise an. Dies scheint darauf hinzudeuten, daß die Regierung eine sofortige Sendung von Truppen nach China beabsichtigt. Die Chinesen in Manila, die die Mitteilung erhielten, daß in China eine Erregung gegen die Fremden für den 24. (11.) d. M. geplant sei, glauben, daß Unruhen dort unmittelbar bevorstehen. Infolgedessen ist der Handel zwischen den Chinesen hier und mit China sehr eingeschränkt.

Lokales.

◆ **Wahlen in die Reichsduma.** Im Gouvernement Saratow sind die Wahlversammlungen auf folgende Termine festgesetzt: 1) Die Wolostversammlungen zur Wahl der Bevollmächtigten finden am 28. Februar statt, die Vorversammlungen der Kleingrundbesitzer am 7. März und die Wahlen der Bevollmächtigten von den Arbeitern am 28. Februar. Wir hoffen, daß die meisten deutschen Stimmen nur den wirklichen Vertretern der Volksinteressen zufallen.

◆ **Nach den Wahlrayons in der Stadt Saratow** wird die Zahl der Wahlmänner folgendermaßen eingeteilt: im 1. Rayon sind 18 zu wählen, im 2.—12, im 3.—15, im 4.—17, im 5.—11, und im 6.—7, im ganzen 80 Wahlmänner.

◆ **Die Wahlen der Wolostbevollmächtigten für die Reichsduma** im Gouvernement Samara sind auf den 26. Februar festgesetzt.

◆ **Infolge der Klagen gegen die Kosaken** ist der Oberst des Generalstabs H. Burski in Saratow angekommen, welcher von dem Kommandierenden der Truppen zur Untersuchung der Klagen hierher abkommandiert ist.

◆ **Die Gouvernementsbehörde** (присутствіе) **für Stadt- und Landschaftsangelegenheiten** hat die Gesuche der Stadtduma von Saratow um Genehmigung einer Obligationsanleihe der Stadt von 300 tausend Rbl. zur Errichtung von Stadtschulen gutgeheißen.

◆ **Das Scharlachfieber** ist in der Stadt Saratow im Abnehmen begriffen. Nach den von der Stadtverwaltung gesammelten Daten sind vom 5. bis 11. Februar im ganzen 9 Krankheitsfälle vorgekommen, von denen 1 tödlichen Ausgang hatte.

Was hört man Neues?

Laut Allerhöchstem Befehl ist die Einberufung der Reichsduma auf den 27. April festgesetzt.

◆ Im Ministerrat ist das Bestreben fühlbar, die durch die Ausnahmegesetze bedingte Willkür der Gouverneure einzuschränken. Dem Minister des Innern Durnowo ist, wie „R. Wed." melden, von Seiten des Grafen Witte und anderer Minister nahegelegt worden, daß er den Gouverneuren entsprechende Weisungen gebe. Minister Durnowo habe darauf erwidert, daß er selbst dann zurücktreten müßte.

◆ Der Unterrichtsminister Graf Tolstoi, der besonders unzufrieden ist mit den Zwangsmaßregeln der letzten Monate, soll, wie „Wetsch. Gol." meldet, die Absicht hegen, das Ministerium zu verlassen. Sein Bleiben wird davon abhängen, ob die Regierung sich zur Verwirklichung der Grundsätze des Manifestes vom 17. Oktober entschließt und auf die weitere Anwendung des Standrechts und anderer Ausnahmegesetze verzichtet.

◆ Seit Beginn dieses Jahres hat das Ministerium des Innern für das Polizeiwesen eine neue Summe in Höhe von $21^1/_2$ Millionen Rbl. assigniert. In der gestrigen Generalversammlung des Reichsrats wurden der „Rußj" zufolge weitere 3 Millionen zur Verstärkung der berittenen Polizeiwachen in den Kreisen und 35,000 Rbl zur Anwerbung weiterer Kreispolizeichefs für das Gouvernement Petersburg ausgeworfen.

◆ Das Finanzministerium will die Akzise auf Tabak, Papiros und Papirospapier bedeutend erhöhen. So soll nach der „Mal. Gas." die Akzise für 1000 Papiros von 2 Rbl. auf 2 Rbl. 60 Kop., die Akzise auf das Pfund Tabak 1. Sorte auf 90 und 2. Sorte auf 48 Kop. erhöht werden.

◆ Das Projekt der Reichsgrundgesetze wird, den „Birsh. Wed." zufolge, gegenwärtig in Druck gelegt. Es ist bereits in einer privaten Konferenz unter dem Vorsitz des Grafen Solski durchgesprochen worden und wird demnächst dem Reichsrat vorgelegt werden. Die Veröffentlichung der Reichsgrundgesetze soll noch vor dem Zusammentritt der Reichsduma erfolgen, wobei zu beachten ist, daß der Duma, als einer gesetzgebenden und nicht konstituierenden Versammlung, eine Revision dieser grundlegenden Bestimmungen nicht zusteht.

◆ Die Bauernbewegungen in ganz Rußland sind, wie aus Petersburg gemeldet wird, entschieden im Abnehmen begriffen. Unordnungen kommen nur noch ganz vereinzelt vor und haben den früheren Charakter der zusammenhängenden Massenhaftigkeit vollständig verloren. Die Ruhe tritt überall wieder ein; in den Dörfern ist eine entschiedene Rückkehr zum normalen Landleben zu bemerken.

◆ „Wetsch. Gol." telegraphiert aus Jekaterinodar: Mehrere Stanizen bei Giatschinskaja schlossen sich der Bewegung gegen die aus Jekaterinodar gesandten Truppen an. Die Revolte des Urupski-Regiments des Kuban-Kosakenheeres machte auf die Administration einen erschütternden Eindruck, da eine derartige Bewegung nicht erwartet wurde. An den Ort der Unruhen hat sich eine Untersuchungskommission begeben.

Aus Rostow a. Don: In den Kosakenstanizen nimmt die Unzufriedenheit zu. Der Übergabe der Urupskischen Aufrührer ist keine große Bedeutung beizulegen, da, wenn keine außerordentlichen Maßnahmen ergriffen werden, die Bewegung im Frühjahr einen allgemeinen Charakter annehmen wird. Die jetzt Reue kundgebenden Aufrührer werden sich dann der Bewegung wieder anschließen. Die Administration fürchtet sich schon jetzt in viele Stanizen zu begeben, in denen die Stimmung eine besonders gehobene ist.

Aus Uralsk: Hier werden Kosakensotnjen formiert, die zur Niederwerfung der Agrarunruhen in den Gouvernements Saratow und Woronesh bestimmt sind.

Briefkasten.

Von der Redaktion. Wir freuen uns, daß die „Deutsche Zeitung" allmählich große Verbreitung findet und Gesinnungsgenossen wirbt. An dieser Stelle danken wir herzlichst allen unseren Lesern, die uns in Zuschriften und auf anderem Wege ihre Anerkennung dem Blatte gegenüber und eine Aufmunterung zur wirksamen Arbeit äußern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die „Deutsche Zeitung" eine an wirksamer, kultureller Arbeit reiche Zukunft erwartet, wenn unsere Leser die Zeitung als den Ausdruck ihrer Meinung ansehen und sie zur Wahrung ihrer berechtigten Interessen benutzen.

Rege Wechselbeziehungen mit unserem Leserkreise werden uns erst ermöglichen, unsere großen, allgemeinen Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen.

Im Interesse der „Deutschen Zeitung," als einer Kulturerscheinung, bitten wir, auch fernerhin um ihre Verbreitung zu sorgen.

A. B. in B—ka. Da sich der Inhalt Ihrer Mitteilung mit dem Berichte dieser Nummer aus K. deckt, haben wir von dem Abdruck derselben Abstand genommen. Bitten um weitere Berichte.

J. Sch. Ihren Bericht über Schulangelegenheiten können wir leider nicht verwenden. Von den Kolonien sind uns Mitteilungen über Tatsachen wichtig.

N. B. in Dinkel. Ihre Mitteilung kann keine Verwertung finden, weil sie des allgemeinen Interessens entbehrt. Die Marken können Sie zurück erhalten.

Nachrichten aus der Handelswelt.

Börse.

13. Februar.

Staatsanleihen.

4% Staatsrente	$80^3/_4$ — $81^1/_4$
$4^1/_2$% Anleihe 1905	93 — 94
5% Innere Staatsanleihe 1905	$97^3/_4$ — $98^1/_4$
5% Oblig. d. Staatsrentei 1904	$98^3/_4$ — 100
5% I. Innere Präm.-Anleihe 1864	367 — 373 —
5% II. " " 1866	303 — 309 —
5% Präm. Pfandbriefe der Adelsagrarbank	235 — 240 —

Hypotheken-Papiere.

$4^1/_2$% Pfandbriefe d. Bess.-Taur. Landbank	— — —
$4^1/_2$% Pfandbr. d. Cher. Landbank	— — —
$4^1/_2$% " d. Kiew. "	— — —
$4^1/_2$% " d. Mosk. "	$79^3/_4$ — $80^3/_4$
$4^1/_2$% " d. Nisch.-Sam. "	$78^1/_4$ — 79
$4^1/_2$% " d. Charkow. "	— —

Saratower Marktpreise.

13. Februar.

Türk. Weizen	—	—
Russ. "	85	90
Roggen	70	74
Hafer	60	70
Gerste	68	71
Sonnenblumensamen	150	190
Sonnenblumenöl		590
Ölkuchen	69	70
Futtermehl (pro Sack)	325	375
Kleie	47	50
Rindfleisch	260—360	
Schaffleisch	200—280	
Schweinefleisch	320—450	
Hinterviertel	440—500	
Rinds- u. Schaffett (ausgekocht)	450—600	
" " (roh)	350—400	
Schweinefett (roh)	680—700	
" (ausgekocht)	—	800
Butter	12 R.—14 R.	
Salz (gemahlenes)	—	15
Feinzucker	—	630
Sandzucker	—	535
Lampenöl		121
Naphtha (Kleinverkauf)	45—	46

Fahrplan

der Rjasan-Ural-Bahn.

(Nach örtlicher Zeitrechnung.)

Ankunft der Züge aus Moskau:	№ 8 um 7 Uhr 48 Min.	morg.
	№ 12 " 12 " 3 "	mitt.
	№ 6 " 11 " 3 "	abend.
Abfahrt der Züge nach Moskau:	№ 5 " 8 " 33 "	morg.
	№ 11 " 5 " 23 "	nachm.
	№ 7 " 8 " 58 "	abend.

Redakteur **Konst. Resch.**

Recht fähige Knaben
im Alter von 14—16 Jahre
finden gute Stellung als Setzer-Lehrlinge
bei H. Schellhorn u. Ko. Saratow.

Handelshaus
„Gebrüder Reinecke",
Saratow
Moskauer Str., Haus A. W. Skworzow.
— Telephon № 686. —
Lager landwirtschaftlicher Maschinen
empfiehlt:
Garbenbinder, Getreide- und Grasmäher, Pferderechen, Heuwender, Bindegarn
der amerikanischen Fabrik „Champion".
Dampfdreschgarnituren
v. Ransomes, Sims u. Jefferies — England.
Pflüge
in- und ausländische.
Haspelmaschinen, Säe- u. Drillmaschinen, Kultivatoren, Eggen, Häckselmaschinen und
Pumpen zu den verschiedensten Zwecken.
Amerikanische Separatoren „Sharples".
Decimal- und Tafelwagen.
Vertreter von:
A. Frankenfeldt, St. Petersburg, Moskau, Lodz, Dampfturbinen System de-Laval, Dampfturbinen-Dynamos, Pumpen, Ventilatoren etc.
J. John, Lodz.
Erste und größte Transmissionsfabrik in Rußland.
Hertwig u. Peitan, Bolderaa.
Lein- und Jutesäcke, Packleinen etc.
F. Eisenberg, Warschau.
Amerikanische Cylinderöle, Staufenfett, Madia, Seilschmiere u. s. w.
Act. Ges. Karl Bechtold, Jekaterinoslaw.
Verzinktes Eisenblech, Wellblech schwarz u. verzinkt, Eisenkonstruktionen.

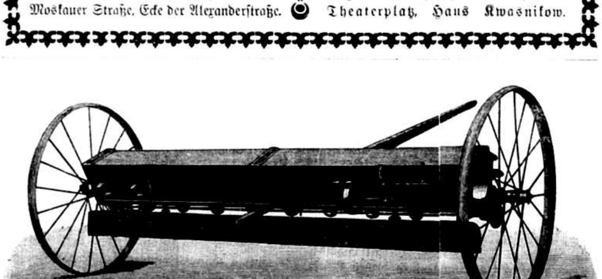
Buchhandlung
der Gesellschaft „Sojus"
Saratow, Deutsche Straße unter dem Hotel „Rossija".
In größter Auswahl und der besten Autoren
deutsche, russische, französische und englische **Bücher**
für jedes Alter.
Atlanten und Bilder für den Anschauungsunterricht.
Annahme von Bestellung auf Zeitschriften des In- und Auslandes.

Die im Jahre 1890 gegründete ministerielle
Näh- und Zuschneideschule
für Damenkleider und Wäsche
(nach der Methode Gladsinsky)
nimmt zu jeder Zeit Schülerinnen aus der Stadt und vom Lande sowohl nur zum Unterricht, als auch ganz ins Haus auf. Die volle Lehrzeit dauert drei Monate und kostet 15 Rubel, kann aber auf Wunsch der Schülerinnen verkürzt werden. Der Unterricht wird in deutscher und russischer Sprache erteilt. Adresse: **Saratow, Iljinskaja Straße, Ecke der großen Kosakenstraße, Haus Kletuchin Nr. 49.**
Emilie Weinand.

Die Buch-, Noten- und Postkartenhandlung
von **C. Knaub in Saratow,** Deutsch Straß
empfiehlt ihr reichhaltiges Lager, bestehend aus weltlicher und geistlicher Literatur.
Noten à 6 u. 12 K. pro Stück, als: Walzer, Polka, Märsche, Salonstücke, Klassische Werke etc. etc.
Klavierschulen à 60, 90 n. 1.20.
Reichhaltiges Lager von Künstlerpostkarten in aller A zu sehr bill. Preisen. ◆ Wiederverkäufer werden gesucht.

Das Magazin von
Apothekerwaren und photographischem Zubehör
vormals
A. Kerner u. W. Bauer,
Deutsche Straße, Haus Meschtscherjäkow, neben der Uhrenhandlung von Jakowlew, in Saratow
— empfiehlt: —
Alle hygienischen Gegenstände zum Hausbedarf für Frauen und Kinder. **Verbandstoffe, Parfümerien** ausländischer und russischer Firmen. **Seifen** für die Wirtschaft und Toilette. **Brillen und Pincenez** nach ärztlichen Recepten **Thermometer:** medicinische, Zimmer- und fürs Freie.
Chirurgische Instrumente.
Photographische Apparate mit allem Zubehör.

Handelshaus
Gebr. B. u. J. Chasan.
Apotheker-Magazin — Moskauer Straße, Ecke der Alexanderstraße.
Homöopathische Apotheke — Theaterplatz, Haus Kwasnikow.



Die besten Breit- und Reihensäemaschinen sowie Rallen
kauft man bei
Gebrüder Epp, in Köppenthal (bei den Menoniten).
Post-Adresse: ст. Кеппенталь, Самарской губ. Бр. Эппъ.

Саратовъ. Паровая типо-литографія Г. Х. Шельгорнъ и Ко.

Herausgeber Gesellschaft „H. Schellhorn u. Ko."